

Presseschau vom 17.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, dnronline, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den 'Lesetipps' und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers , DNS über HTTPS' aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

https://kurz.rt.com/380r bzw. hier

Marinko Učur: Westbalkan: US-"Sorgen" wegen russischem Einfluss, oder "Brandbekämpfung mit Benzin"

Die USA sorgen sich um ihren Einfluss im ehemaligen Jugoslawien. Konkret geht es einigen US-Senatoren um die "Friedenstruppen" in Bosnien-Herzegowina: Die EU-Miltärmission Althea soll verlängert werden, notfalls wohl auch gegen den Widerstand Moskaus und Pekings im UNO-Sicherheitsrat. ...

https://kurz.rt.com/391f bzw. hier

Rainer Rupp: Eine jüdische Stimme der Vernunft gegen Hasardeure der Ampel

In diesem Beitrag wird der Publizist, Lyriker und Liedermacher sowie politische Analyst Wolfgang Herzberg vorgestellt. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine wird dabei auch sein Kampf gegen die imperiale Kriegstreiberei beleuchtet, u. a. mit dem Nachdruck seines Artikels aus "Ossietzky": "Verhandlungslösung – Alternativlos". ... https://kurz.rt.com/3907 bzw. hier

Désirée Stella Lambert: Kampf um Massenbewusstsein: Der Westen führt in der Ukraine vor allem einen psychologischen Krieg

Die psychologische Kriegsführung spielt in modernen Kriegen eine zunehmend wichtiger werdende Rolle. Lange schon sind es nicht mehr die Soldaten, Panzer und Raketen, die den Krieg entscheiden, sondern wer die öffentliche Meinung am besten beeinflussen kann. In der Ukraine machen die USA derweil keinen Hehl mehr daraus, dass das derzeitige Kriegsgeschehen das Ergebnis einer US-Psy-Op ist. ... https://kurz.rt.com/38sp bzw. hier

Rainer Rupp: Russlands starke Partner auf der Arabischen Halbinsel

Während die westlichen Sanktionen die einstmals florierenden wirtschaftlichen Beziehungen Russlands zu Europa verkümmern lassen, wendet sich Moskau an die nicht-westliche Welt, um Partnerschaften zu pflegen. Putin hat wiederholt erklärt, dass Russland gern mit jedem Land zusammenarbeiten wird, das sich der westlichen Schikane entgegenstellt. ... https://kurz.rt.com/3911 bzw. https://kurz.rt.com/3911 bzw. https://kurz.rt.com/3911 bzw. https://kurz.rt.com/3911 bzw.

Wladislaw Ugolny: Die ukrainischen Eliten sind wirklich sauer auf Elon Musk – und hier sind die Gründe

Elon Musk, der Chef von Tesla und SpaceX sieht sich in den ukrainischen Sozialen Medien heftiger Kritik gegenüber. Unser Korrespondent in Donezk erklärt, warum der Friedensplan von Musk für so viel Empörung gesorgt hat. ...

https://kurz.rt.com/393n bzw. hier

Julia Bokowa: **Sanktionen gegen Russland legen globale Tourismusindustrie lahm** Auch in der Tourismusindustrie sind die Kosten angesichts der Weltwirtschaftskrise und der westlichen Versuche, Moskau zu schwächen, deutlich gestiegen. Unsere Autorin führt eine Bestandsaufnahme durch und erklärt, weshalb die Branche ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

. . .

https://kurz.rt.com/392y bzw. hier

Alexander Männer: Kampf gegen Russland auf Kosten Europas ... und auch gegen Europa? (Teil 2)

Die wirtschaftlichen Folgen des Sanktionskrieges gegen Russland werden insbesondere für die europäischen Staaten von Tag zu Tag schlimmer. Aufgrund der stark reduzierten russischen Gaslieferungen sind die Energierechnungen inzwischen zehnmal so hoch wie im Vorjahr, wodurch die zahlreichen Industrieunternehmen in Deutschland und der Europäischen Union in ihrer Existenz bedroht sind. ...

https://kurz.rt.com/3921 bzw. hier

abends/nachts:

20:15 de.rt.com: "Aus Gründen des Staatswohls" – Informationen zu Nord-Stream-Anschlägen bleiben geheim

Nicht einmal einen Monat nach den Anschlägen auf die beiden Erdgasleitungen Nord Stream und Nord Stream 2 wird deutlich: Die Bundesregierung verweigert alle Informationen, die über die banale Feststellung hinaus gehen, dass man es mit Sabotage zu tun hat. Die parlamentarische Kontrolle durch die Opposition wird ausgehebelt.

Die Bundestagsabgeordnete Żaklin Nastić von der Linkspartei hatte nach den Anschlägen von Ende September auf die beiden Ostsee-Pipelines Nord Stream und Nord Stream 2 in einer Schriftlichen Frage Folgendes von der Bundesregierung wissen wollen:

"Welche Erkenntnisse (auch geheimdienstliche) liegen der Bundesregierung bisher zu den Ursachen und möglichen Urhebern der Anschläge auf die Unterwasserpipelines Nord-Stream 2 am Montag, dem 26. September um 2:04, und Nord-Stream 1 am Abend desselben Tages um 19:04, vor und welche möglichen Erklärungen zieht die Bundesregierung für den zeitlichen Abstand von exakt 17 Stunden zwischen beiden Explosionen in Betracht?" Inzwischen liegt die Antwort der Bundesregierung vor. Sie fällt auffallend schmallippig aus – und kommt von Patrick Graichen, einem mehrfach verbandelten Grünen-Politiker – selbst die Grünen-freundliche taz spricht vom "Graichen-/Kellner-Clan" –, Staatssekretär im Hause von Robert Habeck (Bündnis 90/ Die Grünen), dem Wirtschafts- und Klimaschutzminister: "Die Bundesregierung geht von einer gezielten Sabotage der Pipelines Nord Stream 1 und 2 aus. Darüberhinausgehend liegen der Bundesregierung keine konkretisierenden Erkenntnisse zu dem Sachverhalt, insbesondere zu der möglichen Urheberschaft, vor."

Bundesregierung behauptet, nichts Genaues zu wissen

Man gehe wegen der "hohen Komplexität der Tatausführung sowie einer entsprechenden Vorbereitung" von "staatlichen Akteuren" aus. Im Weiteren gibt sich die Bundesregierung unwissend: Dem "Militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr" lägen "keine gesicherten Erkenntnisse hinsichtlich der Urheberschaft" vor. Allerdings sei die Bundeswehr zu dem Schluss gekommen, dass "eine zeitgleiche technische Fehlfunktion nahezu ausgeschlossen" sei

Doch selbst für den nicht unwahrscheinlichen Fall, dass der Bundesregierung weitere Informationen zu den "Ursachen und Urhebern der Anschläge" vorliegen sollten, verweigert sie mit folgender Begründung die Auskunft:

"Die Bundesregierung [ist] nach sorgfältiger Abwägung zu dem Schluss gekommen, dass weitere Auskünfte aus Gründen des Staatswohls nicht – auch nicht in eingestufter Form – erteilt werden können."

Mit Rücksicht auf die sogenannte "Third Party Rule" – einer Art Vertrauensschutz unter kooperierenden Geheimdiensten – könne man mit Rücksicht auf die hier involvierten Dienste Dänemarks und Schwedens keine weiteren Angaben machen. Graichen, dem der <u>Cicero</u> auch schon mal ein "falsches Mindset" attestiert hatte, führt in seiner Nicht-Antwort weiter aus: "Die erbetenen Informationen berühren somit derart schutzbedürftige

Geheimhaltungsinteressen, dass das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht überwiegt und das Fragerecht der Abgeordneten ausnahmsweise gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung zurückstehen muss."

Kontrolle durch Opposition unmöglich gemacht

Ferner komme auch eine – wie in vergleichbaren Fällen übliche – "VS-Einstufung und Hinterlegung bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages" wegen der "besonderen Sensibilität der angeforderten Informationen" nicht in Betracht. In der Geheimschutzstelle können Abgeordnete oder ihre entsprechend sicherheitsüberprüften Mitarbeiter Materialien, die als Verschluss-Sache eingestuft sind, einsehen – ohne allerdings Aufzeichnungen oder gar Fotos machen zu dürfen.

Nicht besser als Nastić ging es ihrer Fraktionskollegin Sahra Wagenknecht, die ihrerseits mehrere Anfragen ebenfalls an das Wirtschafts- sowie das Außenministerium gerichtet hatte. Wagenknecht fragte auch nach NATO-Schiffen und -Truppenteilen wie auch entsprechenden russischen Einheiten, die sich nach Kenntnis der Bundesregierung zum fraglichen Zeitpunkt im betreffenden Seegebiet aufgehalten haben. Die Berliner Zeitung zitiert Wagenknecht mit folgenden Worten:

"De facto sagt uns die Bundesregierung, dass sie zwar etwas weiß, es aber 'aus Gründen des Staatswohls' den Abgeordneten noch nicht einmal in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestags zur Kenntnis geben kann."

Weiter kritisiert Wagenknecht:

"Auf jeden Fall bedeutet dieser Umgang, dass jegliche Kontrolle und Kritik an der Bundesregierung durch die Opposition unmöglich gemacht wird."

Es könne nur spekuliert werden, so Wagenknecht sinngemäß, welche Erkenntnisse zu den Urhebern der Anschläge derart brisant seien, dass sie um jeden Preis geheim gehalten werden müssten.

In einem <u>Kommentar zu einem Tweet</u> des Journalisten und Bloggers Marcus Klöckner, der ebenfalls auf die merkwürdig verhaltene Antwort der Bundesregierung hinwies, heißt es:

"Kann man also daraus schließen, dass der Anschlag nicht von den Russen kam? Denn hätte man dies ermittelt, gäbe es sicher keine Geheimniskrämerei!"



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634c020648fbef615a500c34.jpg Staatssekretär Patrick Graichen vom Bundeswirtschafts- und Klimaministerium in der

20:57 de.rt.com: Serbischer Innenminister: Freundschaft mit Russland ist Voraussetzung für Existenz des Landes

Aleksandar Vulin, der serbische Innenminister, erklärte, sein Land sei in der EU offenbar nicht erwünscht, angesichts all der Erpressung, das Kosovo anzuerkennen und Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Nach seiner Meinung liege die Zukunft Serbiens in guten Beziehungen zu Russland und China.

Die physische Existenz Serbiens hänge von der Freundschaft zu Russland ab, die Zukunft des Landes liege in guten Beziehungen zu Russland, China und anderen Ländern, die Belgrad "ohne Erpressung und Bedingungen" akzeptieren, erklärte der serbische Innenminister Aleksandar Vulin in einem Interview mit der Zeitung *novosti.rs*. Er sagte unter anderem sinngemäß wörtlich:

"Jede Generation von serbischen Politikern wartete darauf, dass Russland 'Nein' sagt, aber jede Generation serbischer Politiker erkannte auch, dass das Überleben Serbiens von Russlands 'Ja' abhängt ... Niemand, der Russland liebte, hasste Serbien, aber deshalb hassten alle, die Russland hassten, auch Serbien.

Vulin wies darauf hin, dass die Europäische Union (EU) von Serbien weiterhin die Anerkennung des Kosovo und Sanktionen gegen Russland fordert. Seiner Ansicht nach sei dies ein Indikator dafür, dass die EU Belgrad nicht als Teil ihrer Mitgliedschaft haben wolle. Der Politiker fügte hinzu:

"Je eher wir zugeben, dass sie uns nicht wollen und dass wir hier nichts zu suchen haben, desto besser. Die Haltung gegenüber der EU ist keine Frage von Emotionen, sondern von rationalen Entscheidungen."

Serbien gehört zu den Ländern, die nach dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine keine Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Gleichzeitig schloss es sich der Resolution der UN-Generalversammlung an, in der das Vorgehen Russlands in der Ukraine verurteilt wurde, und erkannte die Ergebnisse der Referenden nicht an, die dazu geführt hatten, dass die Gebiete DVR, LVR, Saporoschje und Cherson Teil Russlands wurden.

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić begründete seine Weigerung, die Ergebnisse der Referenden anzuerkennen, damit, dass dies bedeuten würde, dass das Land diesen Weg zur Unabhängigkeit auch für die Albaner im Kosovo und in Metohija billigen würde. Seiner Meinung nach befinde sich Serbien in einer verzwickten Lage, da seine Behörden sowohl von westlichen Ländern, die ein unabhängiges Kosovo "konstruiert" haben, als auch von den Parteien des militärischen Konflikts in der Ukraine unter Druck gesetzt werden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634c3790b480cc7fa555e7ce.jpg
Aleksandar Vulin, serbischer Innenminister und Führer der sozialistischen Bewegung

21:33 de.rt.com: Ukrainische Soldaten an der Front teilweise an Kommunikation

gehindert

<u>RIA Nowosti</u> zeigt in einem Telegram-Clip einen von Kämpfern der "Gruppe Wagner" gefangen genommenen ukrainischen Soldaten, der beschreibt, wie Kiew angeblich Gruppen von Kämpfern verstreut an die Frontlinie wirft, ohne dass diese miteinander kommunizieren oder sich gegenseitig informieren können. Dahinter verberge sich auch die Absicht des ukrainischen Militärs, eigene Soldaten daran zu hindern, ihre Stellungen zu verlassen.

20:59 de.rt.com: Bundeswehr will im Rahmen der EU-Ausbildungsmission 5.000 ukrainische Soldaten ausbilden

<u>TASS</u> meldet mit Bezug auf den Fernsehsender n-tv, dass die Bundeswehr plane, im Rahmen der "Ausbildungsmission" der Europäischen Union (EU) für die ukrainischen Streitkräfte 5.000 ukrainische Soldaten auszubilden.

Demnach kündigte die Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht einen "bedeutenden Beitrag" der Bundesrepublik Deutschland für diese EU-Mission an. Neue Rekruten, so n-tv, sollen im Rahmen der EU-Mission eine Grundausbildung absolvieren, während für erfahrenere Soldaten speziellere Ausbildungen vorgesehen seien. In der Bundeswehr sollen sie zum Beispiel den Umgang mit dem Flugabwehrsystem IRIS-T SLM lernen, von dem die BRD bereits eines an Kiew übergeben hat.

Am Freitag hatte ein hochrangiger EU-Beamter im Vorfeld eines Außenministertreffens in Luxemburg erklärt, dass die Außenminister der 27 EU-Mitgliedstaaten am 17. Oktober einen Beschluss über den Start einer Ausbildungsmission für die Ukraine fassen wollen, die ab Mitte November ihre Arbeit aufnehmen soll. Es wird erwartet, dass etwa 12.000 Militärangehörige im Rahmen der Mission geschult werden. Der Diplomat sagte, dass man von einem Zeitraum von zwei Jahren ausgehe. Während des Einsatzes sollen die Ukrainer in der Bedienung der nach Kiew gelieferten Waffensysteme, in der Scharfschützenausbildung, in der Minenräumung und in der medizinischen Versorgung geschult werden.

Wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bereits unterstrichen hatte, wird die EU mit der Einrichtung einer militärischen Unterstützungsmission in der Ukraine ihren Status als Konfliktpartei weiter untermauern.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634c51f1b480cc1a0d355b38.jpg Kurzstrecken-Flugabwehrsystem IRIS-T SLM, ausgestellt auf der Luftfahrt- und Rüstungsmesse ILA Berlin 2022

22:09 de.rt.com: Ukrainischer Luftangriff auf russisches Gebiet Belgorod: Luftabwehr aktiv – bisher nur Stromausfall in einem Dorf

Im Waluiski-Bezirk des Gebiets Belgorod wurde das Luftabwehrsystem aktiviert, berichtet <u>RIA Nowosti</u>. Wie der Leiter des Bezirks, Alexei Dybow, auf seiner Vkontakte-Seite <u>mitteilte</u>, soll infolge des Luftangriffs im Dorf Soloti der Strom ausgefallen sein. Er fügte hinzu, dass Fachleute bereits Reparaturarbeiten durchführen würden.

Das Gebiet Belgorod ist ständigem Beschuss aus der Ukraine ausgesetzt. So feuerten die

ukrainischen Streitkräfte am 12. Oktober eine große Anzahl von Raketen auf Belgorod ab, die jedoch alle vom Luftabwehrsystem abgefangen werden konnten. In 15 Straßen wurden Granatsplitter gefunden, fünf Fahrzeuge wurden beschädigt. Vorgestern führte der Beschuss zu einem Brand in einem Umspannwerk, durch den ein Teil von Belgorod zeitweise ohne Strom war.

Seit dem 11. April gilt in der gesamten Region die Terrorismuswarnstufe Gelb. Die Bewohner der Grenzdörfer sind evakuiert worden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634c590ab480cc752c7a498a.png
Einsatz der Luftabwehr am Himmel über Belgorod

22:28 de.rt.com: Polizei löst Protestcamp in Chișinău auf

Die moldawische Polizei und Bereitschaftspolizei haben das Zeltlager von Demonstranten vor dem Parlament und dem Präsidentenpalast in Chişinău aufgelöst, meldet die Nachrichtenagentur <u>RIA Nowosti</u>.

Die Proteste der Anhänger der "Schor"-Partei fanden seit dem 18. September in der Stadt statt. Heute schlugen die Demonstranten bei einer weiteren Kundgebung Zelte in einer zentralen Straße von Chişinău auf und blockierten den Verkehr. Nach vier Stunden forderten Polizeibeamte zusammen mit Bereitschaftspolizisten die Demonstranten auf, die Zelte zu entfernen, und begannen dann, sie gewaltsam abzubauen. Anschließend stapelten sie sie mitten auf der Fahrbahn zu einem Haufen, luden sie in Autos und brachten sie an einen unbekannten Ort.

Bewohner des Protestcamps berichteten, dass sie keine Zeit hatten, ihre Habseligkeiten aus den Zelten zu entfernen, als die Bereitschaftspolizei begann, das Camp zu räumen. Es soll keinen Widerstand gegen die Polizisten gegeben haben.

Der Pressedienst der Polizei erklärte seinerseits, die Organisatoren der Proteste hätten gegen die Demonstrationsregeln verstoßen und Störungen provoziert, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellten. Die Polizei stellte außerdem fest, dass die Organisatoren sich geweigert hätten, mit den Ordnungskräften zusammenzuarbeiten und der Aufforderung, den Ort des Protests zu wechseln, nicht nachgekommen seien.

22:48 de.rt.com: Sacharowa: Äußerungen des ukrainischen Außenministeriums zu EU-Bestrebungen seit dem Jahr 988 stinken nach Klebstoff oder Fliegenpilz

Die <u>Behauptungen</u> des ukrainischen Außenministeriums, Fürst Wladimir habe 988 die Kiewer Rus zum Christentum bekehrt und damit den Weg für den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union geebnet, klingen nach Klebstoff oder Fliegenpilz. Dies schrieb die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Sonntag in ihrem Telegram-Kanal, wie <u>TASS</u> meldet. Sacharowa schrieb in spöttischem Ton:

"Wie schön war doch die EU im Jahr 988. Das ist in etwa so, als wäre die Ukraine in jenen

fernen Jahren mit Europa befreundet gewesen. Wie sind sie darauf gekommen? Lag's am Gutalin [Schuhwichse], Klebstoff, Fliegenpilzen – oder war Selenskij vorbeigekommen?"



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634c64d748fbef5f8a57c905.jpg Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, 12. Oktober 2022

vormittags:

7:01 de.rt.com: Medienberichte: Wieder Luftalarm in Teilen der Ukraine

In sieben ukrainischen Gebieten soll erneut Luftalarm ausgerufen worden sein, wie lokale Behörden und Medien heute Morgen berichten.

Igor Taburza, Leiter der militärischen Gebietsverwaltung Tscherkassy, <u>schrieb</u> auf seinem Telegram-Kanal:

"Im gesamten Gebiet Tscherkassy herrscht Luftalarm."

Informationen über den Luftalarm erschienen auch auf dem Telegram-Kanal der Behörden von Odessa. Wie der Fernsehsender Suspilne berichtet, wurde im gesamten Gebiet Odessa Alarm ausgelöst.

Außerdem berichteten lokale Medien über Luftalarm im Gebiet Sumy, Dnepropetrowsk, Nikolajew, Poltawa und Charkow.

Auch in der ukrainischen Hauptstadt soll Luftalarm ausgerufen worden sein. Laut ukrainischen Medien soll es dort mehrere <u>Explosionen</u> gegeben haben. Laut Witali Klitschko, dem Bürgermeister der Stadt, <u>ereigneten</u> sich Explosionen unter anderem im Kiewer Stadtteil Schewtschenko.

7:33 de.rt.com: Wichtige Energieinfrastruktur in den Gebieten Sumy und Dnepropetrowsk beschädigt

Nach Angaben der örtlichen Behörden wurde wichtige Energieinfrastruktur in den Gebieten Sumy und Dnepropetrowsk beschädigt. Medienberichten zufolge soll auch in Kiew Energieinfrastruktur getroffen worden sein.

7:56 de.rt.com: Mehr als 80 Prozent der Getreideexporte aus der Ukraine gehen in Industrieländer

Die Industrieländer waren im Zeitraum vom Juni bis Juli dieses Jahres die Hauptabnehmer von Getreide aus der Ukraine, auf sie entfielen 81 Prozent aller Lieferungen. Das geht aus Berechnungen von <u>RIA Nowosti</u> auf der Grundlage von Daten der UN-Plattform Comtrade hervor.

Die Ausfuhr ging in diesem Zeitraum um 43 Prozent zurück und belief sich auf einen Gesamtwert von 771 Millionen US-Dollar, verglichen mit 1,3 Milliarden US-Dollar im

Vorjahr.

Trotz des Rückgangs der Gesamtlieferungen in den ersten beiden Sommermonaten haben die westlichen Länder ihre Käufe erhöht und Getreide im Wert von 625 Millionen US-Dollar aus der Ukraine bezogen, gegenüber 380 Millionen US-Dollar im Vorjahr. Gleichzeitig verringerte der Rest der Welt seine Käufe um fast das Siebenfache auf 146 Millionen US-Dollar gegenüber 967 Millionen US-Dollar.

Während 2021 nur 28 Prozent des ukrainischen Getreideangebots auf westliche Länder entfielen, stieg ihr Anteil im Jahr 2022 auf 81 Prozent.



 $\underline{https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634cdabbb480cc6e8359e308.jpg}$

8:25 de.rt.com: Gebiet Kiew meldet Angriffe auf kritische Infrastruktur

Behörden des Gebietes Kiew melden Angriffe auf kritische Infrastruktureinrichtungen. Die Kiewer Militärverwaltung berichtet auf ihrem Telegram-Kanal, dass es Angriffe auf kritische Infrastruktureinrichtungen der Stadt gegeben habe. Witali Klitschko, der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt, erklärte, dass es im Zentrum zwei Explosionen gegeben habe. Auf Telegram schrieb er:

"Zwei weitere Explosionen im Bezirk Schewtschenko. Bleibt in den Unterkünften!" RIA Nowosti veröffentlichte ein <u>Video</u>, bei dem eine Explosion in Kiew zu sehen sein soll.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d34a548fbef4d1b14345a.png Screenshot aus einem im Internet kursierenden Video, das eine Explosion im nächtlichen Kiew zeigen soll

8:54 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Volksrepublik Donezk 43 Mal binnen 24 Stunden

Die ukrainische Armee hat die Volksrepublik Donezk in den vergangenen 24 Stunden 43 Mal beschossen und insgesamt 171 Einheiten verschiedener Munition abgefeuert. Das teilt die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen am Montag mit. Neun Ortschaften der Republik standen unter Beschuss: Donezk, Golmowski, Saizewo, Gorlowka, Panteleimonowka, Jassinowataja, Jakowlewka, Makejewka und Jelenowka.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634cfad3b480cc70c535b77f.jpg Zerstörte Fahrzeuge vor dem Gebäude der Stadtverwaltung von Donezk, das durch ukrainischen Beschuss beschädigt wurde

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 17.10.2022**Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 70 Mann:
- 3 Panzer;
- 4 Schützenpanzerwagen;

zurückgelassen wurden, gesäubert.

- 17 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner beschießt weiter Objekte der zivilen Infrastruktur in Ortschaften der LVR. **In den letzten 24 Stunden** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Swatowo** unter Einsatz von Artilleriegeschützen beschossen.

Nach vorläufigen Informationen wurde infolge des Beschusses ein Wohnhaus zerstört. Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort. Im Verlauf des 16. Oktober haben sie mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Antonowka und Tarabany

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem hat ein Kollektiv von Zuschauern des Fernsehsenders "Spas" Kommunikationsmittel, Generatoren und weitere Ausrüstung für militärische Kommunikationstechniker der LVR geliefert.

9:22 de.rt.com: Saporoschje: Zwei ukrainische Sabotageangriffe vereitelt

Die alliierten Streitkräfte haben in den vergangenen vier Tagen zwei Sabotageversuche ukrainischer Kämpfer im Gebiet Saporoschje vereitelt. Dies teilte Wladimir Rogow, Mitglied des Verwaltungsrats des Gebiets Saporoschje, am Montag gegenüber dem Sender Solowjow Live mit. Er erklärte:

"In nur vier Tagen gab es zwei Aktionen. Die erste Aktion war eine Aufklärungsgruppe direkt am Atomkraftwerk, die von Soldaten an einer Straßensperre entdeckt wurde."

"Es kam zu einem kurzen Gefecht, der Feind erlitt Verluste und zog sich auf das rechte Ufer zurück. Ein anderer Angriff ereignete sich in der Bucht des Kachow-Stausees nahe der Siedlung Osokorowka im Gebiet Cherson. Dort wurde eine große Gruppe von Kämpfern mit Ausrüstung und Fahrzeugen zerstört, die sich wieder auf die Landung in der Gegend des AKW Saporoschie vorbereitete."

Rogow fügte hinzu, dass etwa 50 ukrainische Soldaten, zwei Lastkähne, fünf Schnellboote, vier Panzer und vier Schützenpanzer in der Stauseebucht eliminiert worden seien.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **171 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern "Himars" und "Grad", Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm abgefeuert.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist, 8 wurden verletzt**. 20 Häuser und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurde beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 Grad, 2 Panzer (T-64B), 9 Stück Panzertechnik und Fahrzeuge und 4 Drohnen des Gegners.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 30 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 "Lepestok" (PFM-S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:40 de.rt.com: Paris: Zehntausende demonstrieren gegen hohe Preise

Zehntausende Menschen sind am Sonntag in Paris auf die Straße gegangen. Die Demonstrationen fanden inmitten zunehmender Inflation und Treibstoffknappheit statt. Linke Parteien, Organisationen und einige Gewerkschaften hatten zu der Protestaktion aufgerufen. Die Stimmung in Frankreich ist seit Tagen stark angespannt. Bereits über zwei Wochen dauert ein Streik von Raffinerie-Personal für mehr Lohn, weshalb es an vielen Tankstellen im Land Spritmangel gibt. Nun gingen am Sonntag in Paris Tausende Demonstranten auf die Straße, um ihrem Unmut über die steigenden Lebenshaltungskosten Ausdruck zu verleihen. Zu der Kundgebung aufgerufen hatte Jean-Luc Mélenchon, ehemaliger

Präsidentschaftskandidat und Vorsitzender der linken Partei La France insoumise (LFI, zu Deutsch: Unbeugsames Frankreich). Eine Reihe anderer linker Parteien sowie Organisationen beteiligten sich am Protest, wobei einige von ihnen Präsident Emmanuel Macron aufforderten, stärkere Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen.

In erster Linie geht es den Demonstranten jedoch um wirtschaftliche Belange. Der LFI-Vorsitzende sagte dem Fernsehsender France 3 am Sonntagmorgen:

"Es ist nicht der Marsch von Herrn Mélenchon. Es ist ein Marsch der Menschen, die hungrig sind, die frieren und die besser bezahlt werden wollen."

Der Preisanstieg sei untragbar, erklärte etwa die LFI-Abgeordnete Manon Aubry gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. Es sei "der größte Kaufkraftverlust seit 40 Jahren", ergänzte sie. Die Demonstranten forderten unter anderem eine Erhöhung der Gehälter, eine Preisbremse, die Rente mit 60 und die Besteuerung von Übergewinnen von Konzernen.

Frankreichs Inflationsrate liegt derzeit bei sechs Prozent, und fast alle Industriezweige des Landes <u>verzeichnen</u> einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit aufgrund der steigenden Energiepreise und der zunehmenden Unsicherheit, was größtenteils auf die Sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen russische fossile Brennstoffe nach dem Beginn der Moskauer Militäroperation in der Ukraine zurückzuführen ist.

Da die Energierechnungen der Privathaushalte in die Höhe schnellen, ist in Frankreich wieder <u>Brennholz</u> gefragt, und es wurden Stromausfälle vorhergesagt.

Die Polizei sprach von 30.000 Teilnehmern am Protestzug am Sonntag, die Organisatoren wiederum von 140.000. Es wurde unter anderem auch von Zusammenstößen zwischen Linksradikalen – die regelmäßig bei französischen Protesten auftreten – und Polizeibeamten berichtet. In den Videos, die in den sozialen Medien kursieren, ist zu sehen, wie die Sicherheitskräfte auch Tränengas einsetzen.

Inmitten der Proteste setzt die französische Gewerkschaft CGT die Streiks in den Ölraffinerien fort und fordert angesichts der hohen Inflation eine Gehaltserhöhung um zehn Prozent für die Beschäftigten. Damit will die CGT erreichen, dass die Arbeitnehmer im höheren Maße am Gewinn von TotalEnergies beteiligt werden. Das Unternehmen soll bereits im ersten Halbjahr 2022 einen Gewinn von 10,6 Milliarden US-Dollar eingefahren haben. Die Gewerkschaft erklärte am Samstag, dass sie ein Angebot des Ölriesen von sechs Prozent mehr Lohn abgelehnt habe. Für Dienstag haben zudem mehrere Gewerkschaften bei der französischen Bahn und im Pariser Nahverkehr zur Arbeitsniederlegung aufgerufen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634cfc3eb480cc6e570e0693.jpg Zehntausende Demonstranten marschieren am 16. Oktober 2022 zum Place de la Bastille in Paris bei einer Kundgebung gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und die Untätigkeit beim Klimaschutz.

10:28 de.rt.com: Russisches Militär zerstört Dutzende ukrainische Drohnen am AKW Saporoschje

Soldaten der russischen Streitkräfte und der Russischen Nationalgarde (Rosgwardija) haben am Kernkraftwerk Saporoschje Dutzende ukrainische Drohnen mit Hilfe von

Drohnenabwehrkanonen und Schusswaffen unschädlich gemacht. Das teilte ein Kommandeur einer der Rosgwardija-Einheiten vor Ort gegenüber <u>RIA Nowosti</u> mit. Er sagte:

"Die Anti-Drohnen-Kanone arbeitet effektiv. Allein im vergangenen Monat haben wir damit etwa 15 Drohnen zur Landung gebracht. Außerdem haben wir etwa 20 Drohnen mit Schusswaffen abgeschossen, die nicht nur Kameras und Zielkontrollgeräte, sondern auch Geschosse mit sich führten."

Nach Angaben des Sicherheitsbeamten waren unter den abgeschossenen Flugobjekten auch Drohnen vom Typ Malloy T150 aus britischer Produktion, die einen Sprengkopf von bis zu 65 Kilogramm tragen können.

12:01 (11:01) novorosinform.org: **Anhänger der Opposition versammelten sich erneut im Zentrum von Chisinau**

Die Demonstranten widersetzen sich der Politik der offiziellen Behörden.

Redner auf der Seite der moldawischen Oppositionspartei "Shor" begannen sich im Zentrum von Chisinau zu versammeln, berichtet <u>RIA Novosti</u>.

Die Aktivisten versammelten sich auf dem Platz vor dem Opern- und Balletttheater. Die Demonstranten halten selbstgemachte Transparente und Plakate hoch, die zum Kampf gegen die Diktatur der derzeitigen Machthaber aufrufen sollen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Sicherheitskräfte am Vorabend die Zeltstadt der Demonstranten im Zentrum der Hauptstadt geräumt hatten haben.

"Gestern herrschte völlige Gesetzlosigkeit seitens der Behörden gegenüber den Bürgern Moldawiens, heute orchestrieren die Behörden die Menschen komplett für ihre eigenen Interessen." Heute imstellte eine Polizeikette die Präsidialverwaltung und das Parlament, aber es darf keine Diktatur geben in jedem zivilisierten Land der Welt", sagte der Vertreter von Shor Juri Kusnezow.

Der Mann glaubt, dass sie versucht haben, die Demonstranten wegen der bevorstehenden Ankunft der georgischen Präsidentin Salome Surabischwili zurückzudrängen.



https://www.novorosinform.org/content/images/59/43/55943 720x405.jpg

11:06 de.rt.com: Gefangengenommener ukrainischer Späher bestätigt: Söldner aus USA, Großbritannien und Polen an Kampfhandlungen beteiligt

Eine Gruppe ukrainischer Späher wurde von Soldaten der Lugansker Volksrepublik in der Nähe des Dorfes Berestowoje im Gebiet Charkow am Frontabschnitt Swatowo gefangen genommen.

Einer der Späher, Wiktor Bereschnoi, ein Mitglied der 92. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Armee, berichtete laut <u>RIA Nowosti</u> während eines Verhörs, dass mindestens 100 Söldner der ausländischen Legion, darunter Offiziere aus den USA, Großbritannien und

Polen, an Kampfhandlungen im Gebiet Charkow nahe Balakleja, Kupjansk und Schewtschenkowo beteiligt waren.

Er fügte hinzu, die Aufgabe seiner Truppe sei es gewesen, den Weg freizumachen, eine Gruppe der ausländischen Legion hineinzubringen und darauf zu warten, bis sie sich verschanzt. Danach sollten sich die ukrainischen Späher zurückziehen. Die Legionstruppen bestünden aus Söldnern aus verschiedenen Ländern. Bereschnoi hob hervor:

"Es gab Gruppen von bis zu 20 Männern aus Polen, Italien, USA, England und Kanada." Er gab an, dass er persönlich sieben Gruppen mit jeweils etwa 20 ausländischen Söldnern in

Richtung Charkow geführt habe.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634cf1beb480cc729f54df58.jpg Ukrainische Kriegsgefangene

11:21 de.rt.com: **Gouverneur des Gebietes Odessa meldet Schäden an Infrastruktur** Im ukrainischen Gebiet Odessa ist eine Infrastruktureinrichtung durch Beschuss beschädigt worden, teilt der <u>Leiter der Gebietsverwaltung von Odessa</u> Maxim Martschenko mit. Er präzisierte jedoch nicht, welche Einrichtung beschädigt worden ist. Seinen Angaben zufolge wurde der Angriff mit einer hochpräzisen X-59-Flugzeugrakete durchgeführt. Nach Angaben des ukrainischen Senders Pjatyi Kanal wurden ab 6 Uhr morgens auch in den Gebieten Schitomir, Winniza, Tscherkassy, Kirowograd, Nikolajew und Odessa Luftalarm ausgelöst.

11:34 de.rt.com: Elf Soldaten der Lugansker Volksmiliz aus ukrainischer Gefangenschaft zurückgekehrt

Angehörige der Lugansker Volksmiliz sind am Montag laut dem Pressedienst des Verteidigungsministeriums der Republik aus ukrainischer Gefangenschaft nach Hause zurückgekehrt. Anna Soroka, Beraterin des amtierenden Chefs der Volksrepublik Lugansk, verkündete in einem Video, das auf dem Telegram-Kanal der Volksmiliz veröffentlicht wurde: "Elf unserer Kämpfer, unserer Helden, die die ukrainische Gefangenschaft überlebt haben, sind zurückgekehrt. In der 16-stündigen Reise heimwärts erzählten sie von den Schrecken der Gefangenenlager in der Ukraine: Schläge, Folter, ausgeschlagene Zähne, Narben. Es gibt besonders schwere Fälle. Und psychologischen Druck."

11:35 de.rt.com: Lauterbach warnt vor Klinik-Schließungen wegen Energiekrise Wegen der Energie- und Inflationskrise in Deutschland sieht Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach eine kritische Situation für die Krankenhäuser. Diese könnten in die Pleite rutschen, so Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sieht die deutschen Krankenhäuser vor schwere Zeiten. Er sehe die reale Gefahr, dass wegen der Energie- und Inflationskrise auch Krankenhäuser pleitegehen könnten, sagte der Minister in der ARD-Sendung "Bericht

aus Berlin" am Sonntag-Abend.

Lauterbach sagte in der Sendung:

"Wenn wir da nicht schnell und auch wirklich drastisch reagieren, kommt es zu Schließungen."

Er werde diesen Dienstag mit Bundesfinanzminister Christian Lindner über mehr staatliche Hilfen für die Kliniken verhandeln, fügte er hinzu. Er könne jedoch bis dahin "keinerlei Größenordnung" bezüglich der Höhe der Hilfen geben, so der Minister weiter.

Zu Forderungen, dass es für die Krankenhäuser in Deutschland eine Art "Sonderfonds", ähnlich wie das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für das Militär, geben soll, reagierte Lauterbach ablehnend. "Wir können nicht für jeden Bereich ein Sondervermögen einführen", so der Minister. Denn, so Lauterbach weiter: "Es muss ja auch alles abgezahlt werden."

Hintergrund der Äußerungen von Lauterbach sind Forderungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft nach schnellen Hilfen durch die Politik. Die Gesellschaft befürchtet sonst Schließungen zahlreicher Krankenhäuser. Der sogenannte Gaspreisdeckel ab März kommenden Jahres, eine Preisobergrenze von zwölf Cent für eine Menge von achtzig Prozent des Vorjahresverbrauchs, sei keine angemessene Hilfe für die Krankenhäuser.

"Ganz drastische Liquiditätsproblematik"

Laut der Deutschen Krankenhausgesellschaft summiert sich die Finanzierungslücke bei Sachkosten und Energie auf rund fünfzehn Milliarden Euro in den Jahren 2022 und 2023. Zu dieser Schätzung erklärte der Bundesgesundheitsminister, dass er die Rechnung zwar kenne, sie aber nicht nachvollziehen könne. Denn so Lauterbach:

"Das würde ja bedeuten, dass die Deutsche Krankenhausgesellschaft in der Lage ist abzuschätzen: Wie teuer ist es denn nächstes Jahr das Gas, wie teuer ist der Strom." Das wisse doch jetzt ehrlicherweise niemand, so Lauterbach. Sicher sei hingegen, "dass die Krankenhäuser in den nächsten Monaten in eine ganz drastische Liquiditätsproblematik kommen".

Die Inflationsrate in Deutschland stieg im September auf 10,9 Prozent. Die Inflationsrate habe damit "einen historischen Höchststand seit der deutschen Wiedervereinigung" erreicht, erklärte das Statistische Bundesamt (Destatis). Grund seien "enorme Preissteigerungen" bei Energieprodukten und Nahrungsmitteln.

Das deutsche Energieunternehmen EnBW AG kündigte am Dienstag an, dass die Gaspreise für Haushalte ab dem 1. Dezember erneut um durchschnittlich 38 Prozent steigen werden. Die letzte Erhöhung liegt nur drei Monate zurück.

Schon seit Längerem warnen führende deutsche Wirtschaftswissenschaftler davor, dass die steigenden Gaspreise die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union in eine Rezession treiben könnten. Laut den Experten wird Deutschland im nächsten Jahr zu den Ländern gehören, die am stärksten von der weltweiten Konjunkturabschwächung betroffen sein werden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d0b35b480cc6faf3f80db.jpg

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach während einer Pressekonferenz zum Start einer neuen Corona-Kampagne am 14. Oktober 2022 in Berlin

11:59 de.rt.com: Moskauer Bürgermeister: Teilmobilmachung in Russlands Hauptstadt beendet

Alle Aufgaben der Teilmobilmachung seien in Moskau erfüllt, sagte Bürgermeister Sergei Sobjanin am Montag. Die Sammelstellen würden noch heute geschlossen. Verschickte Vorladungen seien nach diesem Zeitpunkt ungültig.

Nach Angaben des Moskauer Militärkommissars seien "die Aufgaben der Teilmobilmachung vollständig abgeschlossen", schrieb Bürgermeister Sergei Sobjanin am Montag in seinem Blog. Die Sammelstellen für Mobilisierte würden in Moskau am 17. Oktober um 14 Uhr Lokalzeit geschlossen. Ab diesem Zeitpunkt seien versandte Vorladungen nicht mehr gültig. Wie viele Menschen in Moskau insgesamt mobilisiert wurden, geht aus dem Text nicht hervor.

Die Mobilmachung sei zu einer Herausforderung für Tausende von Familien in der Hauptstadt geworden, schrieb Sobjanin. Die Erfüllung aller Aufgaben sei vor allem durch das Pflichtbewusstsein und den Patriotismus der Moskauer möglich geworden. "Wir hoffen und beten, dass Sie lebendig und gesund zurückkehren", wandte er sich an die mobilisierten Soldaten. Die Stadtbehörden würden sich um deren Familien kümmern.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am 21. September eine Teilmobilisierung angekündigt. Vergangene Woche sagte er, dass innerhalb der kommenden zwei Wochen alle Mobilmachungsmaßnahmen abgeschlossen sein würden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d201a48fbef497052803d.jpg
Mobilisierte Männer verabschieden sich von ihren Familien in Moskau

nachmittags:

12:11 de.rt.com: Saporoschje-Beamter: Inbetriebnahme des AKW Saporoschje nicht möglich, bevor Frontlinie weiter zurückgedrängt wird

Der Beschuss durch ukrainische Streitkräfte verhindert die Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Saporoschje. Diese sei erst möglich, wenn die Frontlinie vom Kraftwerk abgerückt ist. Darauf wies Wladimir Rogow, Mitglied des Verwaltungsrats des Gebiets Saporoschje, hin. Er <u>erklärte</u> auf die Frage eines TASS-Reporters nach der Wahrscheinlichkeit einer baldigen Wiederinbetriebnahme des AKW:

"Was die nahe Zukunft betrifft, so sehe ich eine solche Wahrscheinlichkeit nicht, solange die Frontlinie nicht zurückgedrängt ist, der Beschuss durch Selenskijs Kämpfer nicht aufhört und alle Stromleitungen wiederhergestellt sind."

Was die Situation im Werk selbst betrifft, sagte Rogow:

"Die Lage bessert sich, die Verträge mit den Beschäftigten werden bereits nach russischen

Standards neu unterzeichnet und es wird systematisch an der Wiederherstellung der Ordnung

gearbeitet."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634ce75a48fbef567c235c1a.jpg AKW Saporoschje

13:11 (12:11) deu.belta.by: **Verteidigungsministerium informiert ausländische Diplomaten über Entfaltung regionaler Truppeneinteilung**

Im Zentralen Haus der Offiziere der Streitkräfte der Republik Belarus hielt Waleri Rewenko, der Leiter der Abteilung für internationale militärische Zusammenarbeit, stellvertretender Verteidigungsminister für internationale militärische Zusammenarbeit, ein Briefing über die Aktivitäten des belarussischen Verteidigungsministeriums zur Gewährleistung der Sicherheit der Republik Belarus in der aktuellen militärischen und politischen Lage, informiert das Verteidigungsministerium von Belarus.

An der Veranstaltung nahmen 19 ausländische beim Verteidigungsministerium akkreditierte Militärdiplomaten teil.

Waleri Rewenko wies auf das hohe Maß an Spannungen im Umfeld von Belarus hin, das eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen zur strategischen Eindämmung erforderlich mache, um die Destabilisierung der Lage und Entfesselung einer militärischen Aggression gegen die Republik Belarus und den Unionsstaat nicht zuzulassen.

Die ausländischen Militärvertreter wurden ausführlich über das Verfahren und die Standorte für die Stationierung der regionalen Truppeneinteilung (die Streitkräfte) in Belarus sowie über die von der Gruppierung geplanten operativen und kämpferischen Ausbildungsmaßnahmen informiert.

Der stellvertretende Verteidigungsminister betonte, dass der Beschluss, regionale Truppen zu entfalten, ausschließlich zur Verbesserung der Verteidigung der Grenzen des Unionsstaates gefasst worden sei.

Im Anschluss ans Briefing fand ein Meinungsaustausch über die aktuelle Lage in der Region und die Möglichkeiten zur Überwinundung der derzeitigen Krise im gesamteuropäischen Sicherheitssystem statt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with archive/2022/000022 1666001729 62389 big .ipg

13:16 (12:16) deu.belta.by: **Belarussische Streitkräfte verstärken Schutz der Staatsgrenze** Die Streitkräfte der Republik Belarus erfüllen weiterhin ihre Aufgaben zur Stärkung des Grenzschutzes. Im Moment wird eine Reihe von entsprechenden Maßnahmen zur Rotation der Einheiten unternommen. Das teilte das Verteidigungsministerium mit.

"Der Hauptzweck der Verstärkung der Staatsgrenze besteht darin, die Sicherheit der Bürger der Republik Belarus zu gewährleisten, Verletzungen der Staatsgrenze zu verhindern und Kanäle für die Lieferung von Waffen und Munition zu unterbinden", so das Ministerium. "Um Sabotage und Provokationen zu verhindern, wurden Brücken, Bahnübergänge unter Schutz gestellt und Schießstände für Kleinwaffen und militärische Ausrüstung eingerichtet." Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass das Innenministerium und das staatliche Grenzkomitee am verstärkten Schutz der Staatsgrenze beteiligt seien.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with archive/2022/000022 1666001856 62390 big .jpg

dan-news.info: Heute findet ein Gefangenenaustausch mit der Ukraine nach der Formel "110 gegen 110" statt, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

"Aus den Kerkern des ukrainischen Regimes kehren 80 zivile Seeleute nach Hause zurück, die als Geiseln gehalten wurde. Außerdem kommen 30 Soldaten aus der DVR, LVR und anderen Regionen der RF frei. Wir übergeben Kiew vor allem Frauen", teilte er mit.

12:25 de.rt.com: Russische Streitkräfte zerstören sechs ukrainische Munitionsdepots binnen 24 Stunden

Die russische Armee hat in der Nacht sechs weitere ukrainische Munitionsdepots in den Gebieten Cherson, Charkow, Nikolajew und in der Volksrepublik Donezk zerstört, teilt das russische Verteidigungsministerium am Montag mit. In einer Erklärung heißt es: "Sechs Munitionsdepots wurden in der Gegend um Figolewka im Gebiet Charkow, Werchnekamenskoje und Soledar in der Volksrepublik Donetsk, Nowogrigorowka im Gebiet Nikolajew, Nowopetrowka und Dawydow Brod im Gebiet Cherson zerstört."

12:29 de.rt.com: NATO-Übungen mit atomaren Kampfjets über Belgien, der Nordsee und Großbritannien

Das NATO-Manöver "Steadfast Noon" startete am Montag und dauert bis Ende Oktober. Es beinhaltet die Entsendung von US-amerikanischen B-52-Bombern nach Europa – der Einsatz scharfer Waffen sei nicht geplant. Die belgische Friedensinitiative "Coalition Against Nuclear Weapons" forderte den Militärblock auf, die Übungen abzusagen.

Beim NATO-Manöver zur Verbesserung der Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses sind auch strategische Kampfjets beteiligt, die mit Atomwaffen bestückt sein können. Es begann inmitten einer Zeit, in der die Spannungen mit Russland aufgrund des Ukraine-Konflikts hoch sind.

Die Übungen "Steadfast Noon" (Unerschütterlicher Mittag) dauern bis zum 30. Oktober und finden über Belgien, der Nordsee und dem Vereinigten Königreich statt. Die NATO bezeichnete die Übungen als "Routine" und "nicht im Zusammenhang mit aktuellen Weltereignissen" stehend. Scharfe Waffen würden nicht zum Einsatz kommen, betonte sie. Insgesamt werden vierzehn Länder und sechzig Flugzeuge verschiedener Typen an "Steadfast Noon" teilnehmen. Zu den Flugzeugen gehören hochmoderne Kampfflugzeuge, Überwachungs- und Tankflugzeuge sowie strategische US-Bomber des Typs B-52 mit nuklearer Bewaffnung, die vom Luftwaffenstützpunkt Minot in North Dakota aus nach Europa fliegen werden. NATO-Sprecherin Oana Lungescu erklärte:

"Diese Übung trägt dazu bei, dass die nukleare Abschreckung des Bündnisses sicher und wirksam bleibt."

Am Donnerstag forderte die belgische Aktivistenorganisation "Coalition Against Nuclear Weapons" den Militärblock auf, die Übungen abzusagen. Die Aktivisten erklärten, dass es "inmitten hoher nuklearer Spannungen mit Russland unverantwortlich" sei, diese Übungen durchzuführen.

Am selben Tag äußerte sich der Koordinator des Nationalen Sicherheitsrates, John Kirby, "Steadfast Noon" sei lange vor dem Beginn der russischen Militäraktion in der Ukraine Ende Februar geplant worden. Die Übungen würden mehr als 600 Meilen (circa 966 Kilometer) von Russlands Grenzen entfernt stattfinden, fügte er hinzu.

Laut Kirby würden die USA erwarten, dass Russland in naher Zukunft seine eigene jährliche strategische Nuklearübung durchführen wird. "Wir gehen davon aus, dass sich die Übung über mehrere Tage erstrecken wird", erklärte er. Washington erwarte, so Kirby weiter, dass die Übung "im normalen Rahmen" stattfinden werde, zum Beispiel durch den Einsatz strategischer Mittel. Moskau hat jedoch noch keine Übungen dieser Art angekündigt.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d2373b480cc729f54df98.jpg Boeing B-52 Stratofortress auf der internationalen FIDAE Messe in Santiago, 3.04.2018

12:32 de.rt.com: Medienbericht: U-Bahnverkehr in Charkow eingestellt

Die russische Nachrichtenagentur <u>TASS</u> berichtet unter Berufung auf ukrainische Medien, dass mehrere Stadtteile von Charkow ohne Stromversorgung seien. Außerdem sei der örtliche U-Bahn-Betrieb eingestellt worden. In einer Erklärung heißt es:

"Die U-Bahn in Charkow funktioniert nicht. Anwohner berichten, dass in einigen Stadtteilen der Strom ausgefallen ist."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d0b4b48fbef5f8a57c937.jpg

Menschen warten auf einen Zug in der Charkower U-Bahn, 24. Mai

12:48 de.rt.com: Russische Streitkräfte eliminieren ukrainische Mehrfachraketenwerfer-Batterien und US-Haubitzen M777

Russische Artillerie hat nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums ukrainische Batterien von Smertsch Mehrfachraketenwerfern und US-Haubitzen M777 eliminiert. In einer Erklärung der Behörde heißt es:

"Im Rahmen der Anti-Artillerie-Schläge wurden eine ukrainische Batterie von Smertsch-Mehrfachraketenwerfern in der Nähe der Siedlung Kasatschaja Lopan und eine Batterie US-amerikanischer M777-Haubitzen in der Nähe der Siedlung Metallowka im Gebiet Charkow eliminiert."

14:01 (13:01) novorosinform.org: **Der Erfolg der "Geranien" veranlasste ukrainische Rüstungshersteller, mit der Herstellung von Analoga zu beginnen – Medien** In der Ukraine wurde der Abschluss der Entwicklung einer neuen Kampfdrohne als Reaktion auf den Einsatz des russischen UAV "Geran" gegen kritischen Einrichtungen des Landes angekündigt.

Der ukrainische Konzern "Ukroboronprom" behauptet laut ukrainischen Medien, die Entwicklung einer neuen Kampfdrohne sei fast abgeschlossen. In der Erklärung wurde festgestellt, dass Kiew erneut mit "Geranien" angegriffen, und un diesem Zusammenhang beschlossen worden sei, die Entwicklung eigener Drohnen zu beschleunigen.

"Reichweite - 1000 km, Sprengkopfgewicht - 75 kg. Wir arbeiten seit der vollständigen Invasion in einem erweiterten Modus. Wir sagen Ihnen praktisch nichts, glauben Sie mir, aber dieses 'Nichts' funktioniert erfolgreich auf dem Schlachtfeld, und manches 'Nichts' besteht immer wieder erfolgreich Tests" - zitieren die Quellen die Worte von Vertretern von "Ukroboronprom".



https://www.novorosinform.org/content/images/59/57/55957 720x405.jpg

13:03 de.rt.com: Kiews Bürgermeister Klitschko: Kamikazedrohnen im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt

Mehrere Explosionen haben am Montagmorgen das Zentrum von Kiew erschüttert, wie Bürgermeister Witali Klitschko bestätigte.

"Eine Explosion im Schewtschenko-Viertel – im Zentrum der Hauptstadt",

schrieb Klitschko am Montagmorgen gegen 7 Uhr Ortszeit auf seinem Telegram-Kanal, bevor er einige Minuten später von einer weiteren Explosion in derselben Gegend berichtete. In einem Gebäude sei ein Feuer ausgebrochen und mehrere Wohnhäuser seien beschädigt worden, fügte er später hinzu.

Laut Anton Geraschtschenko, einem Berater des ukrainischen Innenministers, sollen Zeugen das Geräusch von Kamikaze-Drohnen in der Luft gehört haben, die angeblich auf kritische Infrastruktur in der Nähe des Hauptbahnhofs in Kiew abzielten.

In den sozialen Medien kursieren mehrere Videos, die angeblich die Drohnen am Himmel über Kiew sowie eine der Einschlagstellen zeigen sollen.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Eine Delegation der DVR unter Leitung von Natalja Nikonorowa ist zu einem Arbeitsbesuch in Damaskus eingetroffen**

Gestern, am 16. Oktober, ist eine Delegation der Donezker Volksrepublik in der Syrischen Arabischen Republik eingetroffen. Zur Delegation gehören Natalja Nikonowowa und Sergej Peresada sowie der stellvertretende Leiter der Administration des Oberhaupt der DVR Gennadij Lebedj, der erste stellvertretende Minister für Industrie und Handel Jurij Nikonow, der Kulturminister Michail Sheljtakow, der Minister für Landwirtschaft und Lebensmittel Artjom Kramarenko.

Ziel des Besuchs ist es, weitere Wege und Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Syrischen Arabischen Republik und der Donezker Volksrepublik als Subjekt der Russischen Föderation

festzulegen.

Für den Besuch ist ein Treffen mit der Führung der SAR geplant, um Perspektiven für die Zusammenarbeit von Donezk und Damaskus in den Bereichen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Kultur, Wissenschaft und Bildung und anderen Bereichen zu erarbeiten.

13:21 de.rt.com: **Israelischer Minister: Israel sollte der Ukraine militärische Hilfe leisten** Israel sollte nach dem Vorbild der USA und anderer NATO-Länder damit beginnen, der Ukraine militärische Hilfe zu leisten, erklärte der israelische Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nachman Shai am Sonntag.

Die Erklärung erfolgte, nachdem die Washington Post unter Berufung auf ungenannte Quellen Informationen veröffentlicht hatte, laut denen die USA und ihre Verbündeten der Ansicht seien, dass Iran Russland mit ballistischen Raketen beliefern könnte. Shai schrieb auf Twitter: "Heute Morgen wurde berichtet, dass Iran ballistische Raketen an Russland liefert. Es gibt keinen Zweifel mehr, auf welcher Seite Israel in diesem blutigen Konflikt stehen sollte." Es sei an der Zeit, dass die Ukraine auch von Israel militärische Unterstützung erhalte, so wie es die USA und die NATO-Länder täten, fügte der israelische Minister hinzu. Bisher hat Israel der Ukraine keine militärische Hilfe geleistet und sich darauf beschränkt, humanitäre Hilfsgüter in das Land zu schicken und den betroffenen Ukrainern medizinische Hilfe zukommen zu lassen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d0cbb48fbef5f8a57c93a.jpg *Nachman Shai*

13:49 de.rt.com: Krim-Brücke: Beidseitiger Busverkehr wieder möglich

Seit Montagmorgen ist der Busverkehr auf der Krim-Brücke wieder in beide Richtungen möglich. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur <u>RIA Nowosti</u> unter Berufung auf das russische Verkehrsministerium. In einer Erklärung heißt es:

"Die Busse haben begonnen, über die Krim-Brücke zu fahren. Seit heute Morgen ist der Verkehr in beiden Richtungen möglich. Zuvor hatten Busse eher Fährüberfahrten genutzt." Die Brücke ist für den Personenverkehr, Pkw, Lkw, Busse, Züge und Elektrozüge wieder verfügbar.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d196e48fbef567c235c3b.jpg

Krim-Brücke

14:58 (13:58) novorosinform.org: **In Großbritannien wächst die Zahl der obdachlosen ukrainischen Flüchtlinge – Daily Mail**

Etwa 2.000 ukrainische Familien wurden im Vereinigten Königreich durch die "stille" Kürzung des Programms "Häuser für die Ukraine" obdachlos, schreibt Daily Mail. Britische Hausbesitzer seien bereit, die von ihnen gesponserten Familien weiterhin zu unterstützen, äußerten sich jedoch besorgt über zukünftige Programme und die Tatsache, dass die staatliche Unterstützung nicht zunimmt, stellte die Kommunalverbände fest. Die Eigentümer begründeten ihre Angst mit steigenden Preisen für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs vor dem Hintergrund steigender Preise für Energierohstoffe im Land. Das Programm zur Bereitstellung von kostenlosem Wohnraum für Flüchtlinge aus der Ukraine war im März gestartet worden. In seinem Rahmen nahmen britische Familien ukrainische Staatsbürger auf und erhielten dafür von der Regierung des Vereinigten Königreichs eine finanzielle Entschädigung in Höhe von 350 Pfund Sterling.

14:14 de.rt.com: **Hubertus Heil verteidigt Besserstellung von Flüchtlingen aus der Ukraine**

Aus Sicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales Hubertus Heil seien umfangreichere Hilfsleistungen für Ukraine-Flüchtlinge sofort nach Ankunft in Deutschland gegenüber anderen gerechtfertigt. Solche Ukrainer werden in Deutschland im Gegensatz zu anderen Asylbewerbern sofort wie Hartz-IV-Empfänger behandelt und dürfen auch umgehend eine Beschäftigung in Deutschland aufnehmen.

Deutschland solle seine praktizierte Politik fortsetzen, Flüchtlingen aus der Ukraine automatisch eine Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, ohne dass sie ein Asylverfahren durchlaufen müssen, erklärte der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil am Wochenende. Deren Aufenthaltsstatus sei klar, so der SPD-Politiker. In einem Interview mit dem Tagesspiegel betonte Heil, das dies zum Sommerbeginn auf EU-Ebene so entschieden worden wäre. Damit hätten die Geflüchteten aus der Ukraine sofort Anspruch auf Grundsicherung und könnten umgehend eine Beschäftigung aufnehmen:

"Die Menschen fliehen vor einem schrecklichen Krieg, den [der russische Präsident Wladimir] Putin angezettelt hat."

Die Entscheidung hinsichtlich eines sofortigen Aufenthaltsstatus sei nach Ansicht von Heil

"richtig", und da gebe es überhaupt nichts <u>zurückzunehmen</u>.

Geflüchtete nach Deutschland aus anderen Teilen der Welt müssen derweil allerdings weiterhin das reguläre und recht langwierige Asylverfahren in verschiedenen Etappen durchlaufen.

Deutschland habe laut Heil inzwischen rund eine Million Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen, darunter seien vor allem Frauen mit kleinen Kindern und viele Ältere. Nach einem Beschluss der Bundesregierung werden Flüchtlinge aus der Ukraine wie Hartz-IV-Empfänger behandelt und sollen so auch schneller in den Arbeitskräftemarkt integriert werden können. Die Grundsicherung werde laut Heil weitestgehend von der Bundesebene getragen, was somit Kommunen und Bundesländer finanziell entlasten würde. Dennoch stößt die derzeitige Politik der Bundesregierung offenbar in mehreren Ebenen auf Widerstand. Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union (CDU) Friedrich Merz warf den Behörden vor, damit offenkundig den sogenannten "Sozialtourismus" von Ukrainern zu fördern. Die "Flüchtlinge" reisten zwischen Deutschland und der Ukraine hin und her, aus der sie angeblich doch "geflohen" seien, hatte er Ende September behauptet. Nach einer Welle der Entrüstung entschuldigte sich Merz danach für seine Wortwahl. Er habe niemandem zu nahe treten wollen, blieb aber dabei, dass es zunehmend Probleme mit einer steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern auch aus der Ukraine gebe.

Heil wies solche Äußerungen zurück und sagte, sie würden das politische und soziale Klima nur "vergiften". Der SPD-Politker betote gegenüber dem Tagesspiegel:

"Wir erleben derzeit den größten Flüchtlingszustrom seit dem Zweiten Weltkrieg und haben es geschafft, Hunderttausenden von Flüchtlingen aus der Ukraine zu helfen."

Doch nach Ansicht von Reinhard Sager, dem Präsidenten des Landkreistages, setze das Besserstellen von Flüchtlingen aus der Ukraine dennoch ein falsches Signal und werde am Ende nur zu einem noch stärkeren Zustrom von Flüchtlingen führen.

Normalerweise müssen Asylbewerber ein mehrstufiges Asylverfahren durchlaufen, das mehrere Monate dauern kann. Bis zur COVID-19-Pandemie betrug die durchschnittliche Bearbeitungszeit für diese Art von Asylanträgen bis zu einer abschließenden behördlichen Entscheidung rund sechs Monate. In dieser Zeit erhält ein Asylbewerber geringere Hilfszahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und hat kein Recht, in Deutschland in einer Erwerbstätigkeit zu arbeiten.

Anfang Oktober warnte der <u>Deutsche Städtetag</u>, dass angesichts des Zustroms von Menschen aus der Ukraine sowie aus anderen Ländern der Welt mehr Kapazitäten für die ankommenden Menschen nötig seien. Die Kommunen würden an ihre Belastungsgrenzen geraten. Der Städtetags-Vizepräsident Burkhard Jung <u>beschrieb</u> die Lage gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vor wenigen Tagen als "sehr ernst". Er ergänzte: "Denn in vielen Städten sind alle Aufnahmeeinrichtungen voll belegt – und das schon vor dem Winter."

Bereits jetzt müssten einige Städte auf Turnhallen und andere Notunterkünfte zurückgreifen. Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge steige, so <u>Jung</u> weiter. Die Zahl der in Deutschland lebenden ukrainischen Flüchtlinge hat nach Angaben des Innenministeriums Ende September die Marke von einer Million überschritten.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d323ab480cc6d1f69d276.jpg Flüchtlinge aus der Ukraine bei ihrem Eintreffen in einem Hilfszentrum auf dem ehemaligen Flughafen Berlin-Tegel am 25. März 2022

14:38 de.rt.com: LVR meldet starke feindliche Truppenbewegung nahe Artjomowsk und Soledar

Die Streitkräfte der Ukraine haben in der vergangenen Woche bis zu 2.500 Soldaten nach Artjomowsk und Soledar in der Donezker Volksrepublik (DVR) verlegt. Die ukrainischen Personalreserven seien jedoch bereits erschöpft, erklärte Andrei Marotschko, Militärexperte und Offizier der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR), am Montag gegenüber <u>TASS</u> unter Berufung auf Geheimdienstdaten.

Nach Angaben des Geheimdienstes der LVR erleiden die ukrainischen Truppen schwere Verluste, einige Bataillone hätten bis zu 60 Prozent ihrer Soldaten verloren.

14:56 de.rt.com: Russische Streitkräfte eliminieren rund 160 ukrainische Soldaten am Frontabschnitt bei Kupjansk

Russische Truppen haben innerhalb eines Tages über 160 ukrainische Soldaten in der Nähe von Charkow eliminiert, teilt das russische Verteidigungsministerium in einem Bericht über die militärische Sonderoperation mit.

"Am Frontabschnitt bei Kupjansk trafen russisches Artilleriefeuer und Luftangriffe der Armee das Personal und die militärische Ausrüstung der 14. und 92. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet Charkow. Etwa 160 ukrainische Soldaten, vier gepanzerte Kampffahrzeuge, zwei Artilleriegeschütze, ein Pickup und zwei Pkw wurden zerstört." Am Frontabschnitt bei Lissitschansk drängte die russische Armee eine taktische Bataillonsgruppe der ukrainischen Streitkräfte, die erfolglos versucht hatte, in Richtung Strjapowka in der Donezker Volksrepublik vorzudringen, auf ihre ursprünglichen Positionen zurück. Die ukrainischen Einheiten verloren mehr als 50 Mann, sechs Panzer, zwei gepanzerte Kampffahrzeuge und vier Pickups.

Am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog wurde ein Versuch der ukrainischen Einheiten, die Verteidigung bei Brusnikinskoje im Gebiet Cherson zu durchbrechen, vereitelt. Mehr als hundert ukrainische Soldaten wurden eliminiert.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d383448fbef4d1b143463.jpg

16:02 (15:02) novorosinform.org: **Ungarn wird nicht an der Ausbildung ukrainischer Militärs in Europa teilnehmen – Außenminister**

Ungarn ist das einzige EU-Land, das gegen die Initiative zur Ausbildung ukrainischer Soldaten in Europa gestimmt hat. Das teilte der Außenminister der Republik Peter Szijjarto mit, berichtet RIA Novosti.

Ihm zufolge werde sich Budapest nicht an diesem Militärprogramm beteiligen.

"Heute wurde beschlossen, dass die EU eine Ausbildungsmission starten wird, das heißt, Vertreter der EU-Länder werden Militärs der ukrainischen Armee ausbilden. Ich möchte darauf hinweisen, dass Ungarn nicht für diese Initiative gestimmt hat … Wir werden uns nicht an dieser Mission beteiligen", betonte Szijjarto.

Der Außenminister erklärte, Ungarn befürworte eine baldige Einstellung der Feindseligkeiten und forderte die Parteien auf, ein Verfahren für eine diplomatische Lösung der aktuellen Situation einzuleiten. Ihm zufolge wird Budapest keine Initiativen unterstützen, die zu einer erhöhten Spannung und Eskalation des Konflikts auf ukrainischem Territorium führen.



https://www.novorosinform.org/content/images/59/68/55968 720x405.jpg

15:05 de.rt.com: **Staatsduma: Abschaffung des Aufschubs von Teilmobilisierung für Senatoren und Abgeordnete vorgeschlagen**

Die Partei "Gerechtes Russland – Für die Wahrheit" hat der Staatsduma einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorschlägt, den Aufschub von der Teilmobilisierung für Senatoren und Abgeordnete der Duma abzuschaffen. Das <u>erklärte</u> Sergei Mironow am Montag auf Telegram. In der Erklärung hieß es:

"Ich schlage vor, den Aufschub von der Teilmobilisierung der Senatoren des Föderationsrates

und der Abgeordneten der Staatsduma aufzuheben. Der Gesetzentwurf zu diesem Thema wurde der Staatsduma zur Prüfung vorgelegt. Ich glaube, dass ein Aufschub für Senatoren und Abgeordnete nur aus allgemeinen Gründen gewährt werden sollte. Es sollte keine Zugeständnisse geben."

Der Politiker fügte hinzu, dass das Dokument eine Regelung vorschlägt, wonach vor allem Mitarbeiter der Russischen Nationalgarde, des Föderalen Sicherheitsdienstes, der Militärstaatsanwaltschaft, des Untersuchungskomitees, der militärischen Einheiten der Feuerwehr sowie die Reservisten und die militärischen Rettungskräfte einberufen werden sollen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d326b48fbef47c3614c51.jp

Gebäude der Staatsduma

15:11 de.rt.com: Russisches Militär führte planmäßige Angriffe auf das Energiesystem der Ukraine durch

Die russischen Streitkräfte haben nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums einen weiteren hochpräzisen Raketenangriff auf die Militärverwaltung und das Energiesystem der Ukraine durchgeführt. Die Behörde hob hervor:

"Alle vorgesehenen Einrichtungen wurden getroffen."

Insbesondere wurde hervorgehoben, dass ein Treibstofflager für militärische Ausrüstung der ukrainischen Truppen in der Nähe von Nikolajew getroffen und ein ukrainischer Reparaturstützpunkt in der Nähe des Dorfes Beresnewatoje im Gebiet Nikolajew zerstört wurden.

Die ukrainische Seite berichtete außerdem von weiteren Angriffen auf ihre Infrastruktureinrichtungen, beispielsweise in Kiew, Dnepropetrowsk, Odessa und im Gebiet Tscherkassy. Medienberichten zufolge sei im ganzen Land Luftalarm ausgerufen worden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d4fdab480cc4bba14f5cd.jpg

15:15 de.rt.com: **US-Medienbericht: Iran soll Russland ballistische Raketen liefern**Die "Washington Post" behauptet, dass Iran zur Lieferung ballistischer Raketen an Russland bereit sei. In Kiew kam es am Montagmorgen abermals zu Explosionen. Laut der Darstellung des Kiewer Bürgermeisters kamen Drohnen aus iranischer Produktion zum Einsatz.
Unter Berufung auf Quellen in westlichen Geheimdiensten behauptete die <u>Washington Post</u> am Wochenende, dass Iran bereit sei, Russland ballistische Raketen von Typen Fateh-110 und Zolfaghar zu liefern. Diese können Ziele in Entfernungen zwischen 300 und 700 Kilometern treffen. Einige Modelle dieser Raketen sind mit elektrooptischen Lenksystemen ausgestattet, die es ermöglichen, die Rakete bis zum Einschlag präzise zu steuern. Laut der US-Zeitung hatten die gleichen Quellen im August spezifiziert, welche Typen von Drohnen Iran nach Russland zu liefern beginne.

Teheran bestreitet die Lieferung der Drohnen an Russland offiziell. "Die Islamische Republik Iran hat keine Waffen für den Krieg in der Ukraine geliefert und wird dies auch nicht unternehmen", sagte vor Kurzem der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian in einem Gespräch mit seinem portugiesischen Amtskollegen. Auch die russische Regierung hat entsprechende Meldungen als "Falschnachrichten" bezeichnet.

Die von Iran gebauten Schahed-136-Drohnen sollen Ende September ein Munitionslager der ukrainischen Armee im Hafen von Odessa angegriffen und NATO-Waffenlieferungen zerstört haben. Kamikaze-Drohnen aus iranischer Produktion sollen zudem Anfang Oktober das Hauptquartier der 72. Brigade der Ukraine in Belaja Zerkow nördlich von Kiew ins Visier genommen haben.

Zugleich machen <u>Berichte</u> die Runde, dass Russland einen neuen Vertrag mit Iran über die Lieferung von Arash-2-Drohnen unterzeichnet habe. Ukrainische und russische Telegram-Kanäle berichteten über "durchgesickerte" Informationen, wonach Russland eine unbekannte Anzahl der Drohnen gekauft habe, die schneller und zerstörerischer sind als die Shahed-136-Drohnen, die derzeit von den russischen Streitkräften eingesetzt werden.

"Iranische Drohnen" sollen am Montag laut ZDF-Informationen wieder in Kiew im Einsatz gewesen sein. Eine Drohne soll zunächst über einem Häuserblock gekreist haben, bevor sie zu Boden ging und explodierte. Aufnahmen zeigen Sicherheitskräfte auf der Straße, die mit Handfeuerwaffen in die Luft schießen – offenbar um die Flugkörper zu treffen. Bürgermeister Vitali Klitschko verbreitete am Morgen Bilder der "Wrackteile einer iranischen Shahed". Klitschko behauptete, dass Angriffe auf "zivile Strukturen" gezielt hätten.

Die NATO beobachtet derzeit mit wachsender Sorge, wie erfolgreich die Russen Drohnen aus iranischer Produktion in der Hafenstadt Odessa und nun auch in anderen Städten einsetzen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d2dd548fbef494d126993.jpg Zolfaqhar- und Dezful-Raketen aus iranischer Produktion

15:29 de.rt.com: Medwedew: Russland schätzt ausgewogene Einstellung der Kommunistischen Partei Chinas zur Ukraine-Krise

Russland schätzt die unabhängige und ausgewogene Einstellung der Kommunistischen Partei Chinas zur Ukraine-Krise. Dies schrieb der stellvertretende Leiter des Sicherheitsrates Russlands, Dmitri Medwedew, in einem Begrüßungsbrief an den Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Xi Jinping, anlässlich des jüngsten Parteitags. In dem Brief heißt es: "Russland schätzt die unabhängige und ausgewogene Einstellung der chinesischen Regierungspartei zur Ukraine-Krise, deren kriminelle Ursache den westlichen Ländern zuzuschreiben ist."

Medwedew sagte, die Welt befinde sich in einem Wandel und werde wirklich multipolar. Die Weigerung der USA und ihrer Partner, die neue Realität zu akzeptieren, führe zu enormen Unruhen und Menschenopfern. Darüber hinaus beobachte Russland mit Sorge, was die US-Behörden auf Taiwan anrichteten und empfinde die Schritte der USA als offene Provokation. Russland erkenne an, dass Taiwan ein integraler Bestandteil der Volksrepublik China sei.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d3b2748fbef4d1b143469.jpg

Dmitri Medwedew

15:47 de.rt.com: Russische Luftabwehr: 21 ukrainische HIMARS- und Olcha-Geschosse an einem Tag abgeschossen

Nach <u>Angaben</u> des Verteidigungsministerium Russlands hat die russische Luftabwehr in den vergangenen 24 Stunden neun ukrainische Drohnen nahe der Ortschaften Jagodnoje im Gebiet Charkow, Pilipowka in der Volksrepublik Lugansk, Nowossjolka und Walerjanowka in der Volksrepublik Donezk sowie Schirokaja Balka, Suchanowo, Tomarino, Pjatichatki und

Ingulowka im Gebiet Cherson vernichtet. Außerdem seien 21 HIMARS- und Olcha-Geschosse nahe der Ortschaften Wladimirowka in der Volksrepublik Donezk sowie Olgowka, Nikolajewka, Nowaja Kachowka, Wesjoloje und Otradokamenka im Gebiet Cherson abgeschossen worden. Darüber hinaus seien zwei HARM-Raketen in der Nähe der Siedlung Antonowka im Gebiet Cherson abgefangen worden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d469c48fbef4a97054ec0.jpg

16:17 de.rt.com: Kämpfe unter Dschihadisten: Russland greift Stellungen der Terrorgruppen in Nordsyrien an

Die russische Luftwaffe hat Angriffe zur Vernichtung der Positionen der Terrorgruppen in Nordsyrien geflogen, nachdem die protürkischen Söldnertruppen in die Gefechte mit der anderen islamistischen Terrorgruppe Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) verwickelt waren. Die Operationen sollen darauf gezielt haben, Dschihadisten während ihrer internen Kämpfe zu überrumpeln.

Die russische Armee hat am Sonntag fünf Luftangriffe in Nordsyrien geflogen und dabei Stellungen der von der Türkei unterstützten sogenannten "Syrischen Nationalarmee" (SNA) angegriffen. Die Luftangriffe richteten sich gegen einen Vorort der Stadt Afrin, die derzeit von den SNA-Gruppen kontrolliert wird. Die russischen Jets zielten bei dieser Operation auf ein Lager, das den protürkischen Söldnertruppen gehört.

Russische Streitkräfte hätten im Nordwesten Syriens ein Ausbildungslager und einen Kommandoposten von Kämpfern getroffen und dabei bis zu 100 Radikale getötet, wie der Leiter des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Generalmajor Oleg Jegorow, mitteilte.

Moskaus Luftangriff auf die SNA-Positionen erfolgte wenige Tage nachdem die protürkischen Söldnertruppen zusammen mit den von der Türkei unterstützten Fraktionen der "Freien Syrischen Armee" (FSA) in heftige Gefechte mit der anderen islamistischen Terrorgruppe Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) verwickelt waren.

Nach der Ermordung eines Aktivisten, der die türkische Besatzung in Syrien kritisiert hatte, nahmen die Spannungen in der vergangenen Woche zu. Die HTS hat in den vergangenen Tagen versucht, die Kontrolle über den Kanton Afrin zu erlangen, weil ihr eine Spaltung innerhalb der SNA nach der Ermordung des Aktivisten Muhammad Abdul Latif und dessen schwangeren Ehefrau zugutekam. Die HTS nutzte die Gefechte zwischen den zerstrittenen SNA-Fraktionen aus, um ihren Einfluss in Afrin auszuweiten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Gemengelage erfolgten die russischen Operationen mit der Unterstützung der syrischen Armee in den von Islamisten kontrollierten Gebiete, um

Dschihadisten während ihrer internen Kämpfe zu überrumpeln.

Russland hat zugleich in letzter Zeit seine Angriffe in den Gebieten der nordwestlichen syrischen Provinz Idlib verstärkt, nachdem HTS-Terroristen fünf Soldaten der syrischen Armee bei einem Angriff in einem Vorort der Stadt Aleppo getötet hatten. HTS ist eine dschihadistische Gruppe, die den Großteil der nordwestlichen Provinz Idlib kontrolliert. Die Vorläuferin von HTS, die Al-Nusra-Front, wurde 2011 gegründet, wobei diese Terrorgruppe als Verbündete von Al-Qaida in den letzten Jahren gegen die syrische Regierung kämpfte. 2018 übernahm die Türkei völkerrechtswidrig die Kontrolle über den kurdischen Selbstverwaltungskanton Afrin mithilfe der "Syrischen Nationalen Armee" (SNA), einer von ihr gestützten islamistischen Rebellengruppe. Sowohl die Syrische Nationale Armee als auch Ha'iat Tahrir al-Scham werden von Ankara unterstützt.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d17cb48fbef5fb632e256.jpg Mitglieder der dschihadistischen Gruppe Hayat HTS bringen am 13. Oktober 2022 inmitten der anhaltenden Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Gruppen Verstärkung in der Region Afrin

16:27 de.rt.com: LVR-Offizier: Vorrückende ukrainische Truppen werden von ausländischen Söldnern angetrieben

Die ukrainischen Soldaten, die in der Lugansker Volksrepublik (LVR) in Richtung Swatowo vorrücken, sind nicht motiviert, sondern werden von Söldnerausbildern aus den USA und Europa angetrieben. Das berichtete Witali Kisseljow, Oberst der Polizei der LVR, in einer Sendung der russischen Staatssenders Perwy Kanal.

Er erklärte, dass gefangene ukrainische Soldaten bereits wiederholt berichtet hätten, dass NATO-Ausbilder und vor allem Stabsoffiziere aus den USA und der EU die ukrainischen Truppen dazu drängten, nach vorne zu stürmen.

Kisseljow stellte klar, dass diese Art von Offensive nicht von denjenigen benötigt wird, die voranschreiten wollen, sondern von denjenigen, die den Auftrag haben, dem Lebensunterhalt der bewohnten Gebiete maximalen Schaden zuzufügen. Der Offizier erklärte, dass Schulen und Kindergärten in Swatowo am Sonntag und heute Abend beschossen wurden. Seiner Meinung nach kümmern sich die Söldnerausbilder, "die sie vorantreiben, nicht um die Ukrainer, es ist ihnen egal, wie viele von ihnen dort sterben".

16:54 de.rt.com: **Außenminister beschließen EU-Mission für ukrainische Streitkräfte** Die EU-Außenminister haben eine Ausbildungsmission für die Streitkräfte der Ukraine sowie die Freigabe weiterer 500 Millionen Euro für Waffenlieferungen beschlossen. Die Pläne sehen nach Angaben von Außenministerin Annalena Baerbock vor, dass insgesamt 15.000 ukrainische Soldaten in Deutschland und anderen EU-Ländern ausgebildet werden. Dies kündigte die Grünen-Politikerin am Montag am Rande eines Treffens in Luxemburg an. Angelegt ist die Mission auf zwei Jahre. Neben militärischen Grundfähigkeiten soll sie auch weitere Fähigkeiten in Bereichen wie Minenräumung und Sanitätsdienst vermitteln. Die

Summe der über die EU finanzierten Kosten wird mit 106,7 Millionen Euro angegeben. Mit den weiteren 500 Millionen Euro will die EU vor allem Waffen, aber auch Ausrüstung für die ukrainischen Streitkräfte zur Verfügung stellen. Bislang wurden fünfmal je 500 Millionen Euro bewilligt – insgesamt also 2,5 Milliarden. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sagte dazu:

"Die Ukraine braucht mehr Waffen – wir werden sie liefern."

Das Geld kommt aus der sogenannten Europäischen Friedensfazilität – einem neuen Finanzierungsinstrument der EU, das genutzt werden kann, um Streitkräfte in Partnerländern zu stärken. Für 2021 bis 2027 ist sie mit 5,7 Milliarden Euro ausgestattet. Deutschland finanziert nach Angaben von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) rund ein Viertel.



 $\underline{https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d4cc948fbef4d1b143487.jpg}$

Ukrainische Rekruten während eines fünfwöchigen Ausbildungskurses mit den britischen Streitkräften am 11. Oktober 2022

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 17.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozialhumanitären Bereichs durch.

In 38 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurden 3 Kommunikationsobjekte in Betrieb genommen.

Die Reparatur des Straßenbelags an Abschnitten der Autostraßen Kremenewka – Jalta geht weiter.

Mehr als 6500 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens. Zivilschutzkräfte haben mehr als 2 Hektar Gelände und entschärften 26 explosive Objekte. Spezialisten der Elektrizitätswerke führten Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in befreiten Ortschaften aus.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und

Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften. Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:13 de.rt.com: **Drohnenangriff auf Kiew – Ukraine macht Iran mitverantwortlich** Am Montagmorgen wurden aus Kiew mehrere Explosionen und Brände gemeldet. Die russische Seite soll Kamikaze-Drohnen eingesetzt haben. Auch aus anderen Gebieten der Ukraine wurde über russische Angriffe berichtet. Kiew erhebt wegen des Drohnen-Einsatzes Vorwürfe auch gegen den Iran.

Wie die Behörden des Kiewer Gebiets und der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt, Witali Klitschko, bis zum Montagmittag mitteilten, hat es in den Morgenstunden mehrere russische <u>Luftangriffe</u> auf das Stadtzentrum von Kiew, aber auch an Orten des Gebiets Kiew gegeben. Dabei soll das russische Militär für die Angriffe auf Ziele in der Kiewer Innenstadt, etwa in der Nähe des Bahnhofs, sogenannte Kamikaze-Drohnen eingesetzt haben. Es wurden Häuser und kritische Infrastruktur beschädigt. Infolge der Explosionen ist es zu mehreren Bränden gekommen.

Klitschko hatte per Telegram die Bürger aufgerufen, zu Hause zu bleiben. Auch aus anderen Städten und Gebieten der Ukraine wurden Luftangriffe gemeldet, so beispielsweise aus Odessa, Nikolajew und Charkow. In der ostukrainischen Stadt kam es zu Stromausfällen, und der U-Bahn-Verkehr musste zeitweise eingestellt werden.

Das russische Militär sprach von hochpräzisen Raketenangriffen auf die ukrainische Miltärverwaltung und das Energiesystem der Ukraine. Während des Tages wurde in verschiedenen Gebieten der Ukraine wiederholt Luftalarm ausgelöst. Agenturberichten zufolge sei kritische Infratstruktur in Winniza zerstört worden, ebenso in den Gebieten Chmelnizki und Sumy. Aus dem Gebiet von Lwow wurde Stromknappheit gemeldet. Aus Dnjepropetrowsk wurden mehrere Angriffe auf Einrichtungen der Stromversorgung berichtet. Spiegel und Süddeutscher Zeitung zufolge hat Kiew nach den russischen Drohnenangriffen den Iran für "Morde an Ukrainern" verantwortlich gemacht. Nach ukrainischen Angaben seien bei den russischen Angriffen in den vergangenen Tagen Drohnen des Typs Schahed-136 aus iranischer Produktion eingesetzt worden. Michail Podoljak, Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Sleenskij, sagte: "Ein Land, das sein eigenes Volk unterdrückt, gibt russischen Monstern Waffen für Massenmorde im Herzen Europas." Teheran bestreitet die Lieferung von Drohnen an Russland, während aus Moskau keine Stellungnahme zu den Vorwürfen gekommen ist.

Die von Iran gebauten Schahed-136-Drohnen sollen Ende September ein Munitionslager der ukrainischen Armee im Hafen von Odessa angegriffen und NATO-Waffenlieferungen zerstört haben. Kamikaze-Drohnen aus iranischer Produktion sollen zudem Anfang Oktober das Hauptquartier der 72. Brigade der Ukraine in Belaja Zerkow nördlich von Kiew ins Visier genommen haben.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d58adb480cc4d0d38cde4.jpg Nach russischen Angriffen steigt Rauch aus einem zerstörten Gebäude im Zentrum von Kiew auf, 17. Oktober 2022

17:33 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Örtliche Einzelhandelsketten haben Priorität vor gesamtrussischen Unternehmen**

Mehrere große russische Einzelhandelsketten wollen in der Donezker Volksrepublik (DVR) zwar Fuß fassen, die örtlichen Behörden beabsichtigen jedoch, in erster Linie lokale Unternehmer zu unterstützen. Das verkündete der amtierende DVR-Chef Denis Puschilin. Er erklärte während einer Live-Übertragung auf seinem Telegram-Kanal:

"Es gibt eine Anfrage von einigen Ketten."

"Zuallererst müssen wir natürlich alle Bedingungen für unsere örtlichen Ketten schaffen, die auch nicht die einfachsten Zeiten durchgemacht haben."

Er betonte außerdem, dass lokale Unternehmer unterstützt werden sollten, während der Bedarf an großen gesamtrussischen Einzelhandelsketten in der Republik noch unklar bleibe.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d49f5b480cc4ad571570b.jp g

Denis Puschilin

abends:

18:42 de.rt.com: **Chinesische Marine übt amphibische Kriegsführung**Chinesische staatliche Medien haben über die Durchführung "umfassender" Übungen mit Schiffen und anderem Kriegsgerät für amphibische Operationen berichtet. Angesichts der

steigenden Spannungen mit den USA im Südchinesischen Meer und in Taiwan könnte das eine Warnung an Washington sein.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat eine umfangreiche Übung mit einer amphibischen Transportgruppe, bestehend aus zwei amphibischen Angriffsschiffen des Typs 075, im Südchinesischen Meer durchgeführt, wie die parteinahe chinesische Zeitung Global Times beichtete. Chinesische Experten bewerteten das als Zeichen, dass eine solche Doppelschiffsgruppe Kampffähigkeit erreicht hat.

Die Hainan und die Guangxi, beides von China entwickelte amphibische Angriffsschiffe des Typs 075, bildeten vor Kurzem eine amphibische Transportgruppe und wurden in einem nicht genannten Gebiet im Südchinesischen Meer einem umfangreichen Trainingstest unterzogen, der gemeinsame amphibische Landungen in mehrere Richtungen sowie maritime Nachschubübungen umfasste, wie das chinesische Staatsfernsehen CCTV am Samstag berichtete.

Zu Beginn des Übungstests starteten Transporthubschrauber des Typs Z-8C mit Marinesoldaten an Bord vom Flugdeck der Hainan, während Luftkissen-Landungsboote des Typs 726 sowie gepanzerte Amphibienfahrzeuge vom Typ 05 vom Wellendeck der Hainan und der Guangxi abgelassen wurden und einen Strandangriff begannen, so der CCTV-Bericht. Während des Tests mussten die Hubschrauber an verschiedenen Landepositionen starten und landen. Die Hubschrauber und das Luftkissenlandeboot absolvierten dem Bericht zufolge auch Tests zum Personaltransfer und zur Betankung. Kapitän Yu Haibo, der leitende Offizier der Hainan, sagte:

"Das aufeinanderfolgende Aussetzen und Zurückholen von Hubschraubern und Luftkissenlandungsbooten ist eine der wichtigsten Kampffähigkeiten eines amphibischen Angriffsschiffes. (...) Die umfassende Kampffähigkeit des Schiffes hat einen großen Schub erhalten."

Nach dem ersten Test der amphibischen Anlandungen absolvierten die beiden amphibischen Angriffsschiffe dann erfolgreich See-Nachschubübungen mit dem Versorgungsschiff Chaganhu des Typs 901, wie CCTV berichtete.

Die umfassende Übung zeige, dass sowohl die Hainan als auch die Guangxi nun kampffähig seien und dass die chinesische Marine zwei amphibische Angriffsschiffe in einer amphibischen Transportgruppe einsetzen könne, sagte ein chinesischer Militärexperte, der um Anonymität bat, der Global Times am Sonntag.



https://cdni.russiatodav.com/deutsch/images/2022.10/article/634d2959b480cc6e8359e348.jpg

18:44 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte feuern sechs Grad-Granaten auf Donezk ab** Die ukrainischen Truppen haben Donezk mit sechs Granaten des Mehrfachraketenwerfersystems BM-21 Grad beschossen. Dies teilte die Vertretung der Donezker Volksrepublik (DVR) beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen der Ukraine mit. Es wird darauf hingewiesen, dass der Beschuss dem Stadtbezirk Kuibyschewski galt.

Ein Mann, Jahrgang 1970, wurde getötet, eine Frau verletzt.



 $\underline{https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d521e48fbef4a866b3295.jp}~g$

Ukrainische Soldaten bereiten sich auf den Einsatz eines BM-21-Mehrfachraketenwerfers vom Typ Grad vor

19:14 de.rt.com: Gazprom: Nord-Stream-Erdgas könnte über Türkei geleitet werden Die Türkei gerät immer mehr ins Zentrum von Plänen aufgrund der westlichen Blockadehaltung gegenüber Russland, Erdgas zukünftig über andere Routen zu verteilen. Gazprom erhofft sich, auf diese Art "beträchtliche Mengen" umleiten zu können. Der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexei Miller, hat am Sonntag erklärt, dass es möglich sei, die gesamten Gaslieferungen, die durch die Sabotage der Nord-Stream-Pipelines unterbrochen wurden, über ein mögliches zukünftiges türkisches Drehkreuz umzuleiten. In einem Interview mit dem russischen Sender 1 TV erklärte Miller zur möglichen Errichtung einer solchen Anlage in der Türkei:

"Wir sprechen von all den Mengen, die wir durch internationale Terroranschläge auf die Nord-Stream-Pipelines verloren haben. Es kann sich also um beträchtliche Mengen handeln." Miller hob hervor, dass die Erfahrungen des Unternehmens bei der Vorbereitung des South-Stream-Pipelineprojekts wertvoll sein könnten. Das Projekt, das jährlich schätzungsweise 63 Milliarden Kubikmeter russisches Gas durch das Schwarze Meer nach Bulgarien und weiter in andere europäische Länder hätte leiten sollen, wurde schließlich abgesagt und durch TurkStream ersetzt. "Selbst, wenn wir über die technische Dokumentation für die Route sprechen, wurde damals für South Stream bereits alles gemacht", so Miller. In der vergangenen Woche schlug der russische Präsident Wladimir Putin den Bau eines großen Erdgasverteilungszentrums in der Türkei vor, um die zuvor durch die Nord Stream-Pipelines geleiteten Lieferungen abzuwickeln. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan unterstützte diese Idee und fügte hinzu, dass beide Staatsoberhäupter ihre jeweiligen Regierungen angewiesen hätten, so bald wie möglich Baupläne vorzulegen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634d51dd48fbef496f41d9fd.jpeg

19:21 de.rt.com: Weißrussisches Verteidigungsministerium: Kombinierte Streitkräfte der Russisch-Weißrussischen Union im Einsatz

Der regionale Zusammenschluss von russischen und weißrussischen Streitkräften habe mit der Durchführung von Aufgaben zur Verteidigung des Unionsstaates begonnen. Dies kündigte der weißrussische Verteidigungsminister Wiktor Chrenin am Montag an.

Nach Angaben des weißrussischen Verteidigungsministeriums sind in der vergangenen Woche die ersten Truppenzüge mit russischen Soldaten im Land angekommen. Waleri Rewenko, Abteilungschef für internationale militärische Zusammenarbeit, teilte mit, dass der Zusammenschluss bis zu 9.000 Soldaten umfassen werde, außerdem sollen dabei etwa 170 Panzer, rund 200 gepanzerte Kampffahrzeuge und 100 Geschütze und Mörser eingesetzt werden. Minister Chrenin betonte, dass alle Maßnahmen nur eine Reaktion auf die Handlungen des Gegners seien. Die weißrussische Nachrichtenagentur BelTA zitiert ihn: "Wir werden niemanden angreifen. Ich betone noch einmal, dass die Aufgaben dieses Zusammenschlusses rein defensiv sind. Und alle Maßnahmen zielen darauf ab, angemessen

darauf zu reagieren, was an unseren Grenzen passiert."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634d624eb480cc4544521556.jpg

Gemeinsame Übungen Russlands und Weißrusslands auf einem Trainingsgelände im Gebiet Brest, Weißrussland, am 19. Februar

19:49 de.rt.com: **Ungarn weigert sich weiterhin, Waffen an die Ukraine zu liefern** Ungarn besteht auf der Weigerung, Waffen an die Ukraine zu liefern, um nicht in den Konflikt hineingezogen zu werden. Dies erklärte der Außenminister des Landes Péter Szijjártó. Zum Abschluss des Treffens der Außenminister der EU in Luxemburg sagte er:

"Um eine Einbeziehung Ungarns in den Krieg zu vermeiden, bestehen wir weiterhin darauf, keine Waffen an die Ukraine zu liefern."

Zuvor hatte Szijjártó erklärt, dass Budapest das unter anderem von ethnischen Ungarn bewohnte ukrainische Gebiet Transkarpatien schützen wolle. Waffenlieferungen aus Ungarn würden über dieses Gebiet verlaufen und wären ein legitimes militärisches Ziel, was die Bewohner der Region gefährden würde.